

DEUTSCHE WIRTSCHAFT

DIE WIRTSCHAFT DER BUNDESREPUBLIK IM 1. VIERTELJAHR 1961

Selten wurde die Öffentlichkeit in den letzten Jahren von einer wirtschaftspolitischen Maßnahme derart überrascht wie von dem Beschluß der Bundesregierung, mit Zustimmung der Bundesbank die D-Mark um 4,75 vH aufzuwerten. Am 4. März, einem Sonnabend, wurde bekanntgegeben, daß ab Montag, dem 6. März 1961, für den Erwerb eines Dollars nur noch 4 DM statt wie bisher 4,20 DM zu bezahlen sind. Entsprechend stieg der Preis der DM von 23,8 Cents auf 25 Cents an. Im gleichen Verhältnis erhöht sich der Wert der DM gegenüber den anderen ausländischen Währungen; lediglich die Niederlande, deren Konjunktur- und Zahlungsbilanzsituation ähnlich derjenigen der Bundesrepublik ist, sind bisher¹⁾ der deutschen Maßnahme mit einer Aufwertung des holländischen Guldens um ebenfalls 4,75 vH gefolgt.

Auswirkungen der Aufwertung

An den inländischen Preisverhältnissen ändert die DM-Aufwertung unmittelbar nichts. Betroffen sind alle diejenigen, die am Außenhandel beteiligt sind oder Auslandsreisen unternehmen: Die Wechselkursänderung wirkt auf die Ausfuhr sowie auf Reisen von Ausländern in die Bundesrepublik verteuern, umgekehrt müßten Einfuhrwaren und Reisen von Bewohnern der Bundesrepublik ins Ausland billiger werden. Jedenfalls erhoffen sich Bundesregierung und Bundesbank diese Wirkungen und infolgedessen ein etwas langsames Wachstumstempo der Ausfuhr einerseits und eine verstärkte Einfuhr andererseits. Ein Nachlassen der Auslandsnachfrage müßte zu einem Freiwerden von Produktionskapazitäten für die zusätzliche Deckung der Inlandsnachfrage führen und so das Inlandsangebot erhöhen, das außerdem durch verstärkte Einfuhren zusätzlich ergänzt wird. Eine weitere Wirkung wäre, daß sich der Ausfuhrüberschuß vermindert, der in den letzten Jahren eine ständige Quelle preissteigernder Tendenzen war — 1960 wurden z. B. für 5,3 Mrd. DM mehr Waren ausgeführt als im gleichen Zeitraum eingeführt wurden.

Bei nüchterner Betrachtung wird man allerdings die Erwartungen auf konjunktur- und preisdämpfende Auswirkungen der DM-Aufwertung nicht allzu hoch schrauben dürfen. Freilich lassen sich heute und an dieser

¹⁾ Dieser Bericht wurde am 15. März 1961 abgeschlossen. Bis dahin lagen Angaben über die industrielle Produktion und Auftragslage erst bis zum Monat Januar 1961 vor.

Stelle keine zuverlässigen Voraussagen machen, zumal die Auswirkungen je nach Marktlage und der Elastizität von Angebot und Nachfrage in den einzelnen Branchen und auf den einzelnen Märkten unterschiedlich sein werden. Immerhin sind doch in großen Zügen folgende Entwicklungen vorauszusehen: Was die Verbilligung von *Einfuhrwaren* anbelangt, so sind etwas mehr als die Hälfte der eingeführten Waren gewerbliche Erzeugnisse, die als Rohstoffe, Halbwaren oder Fertigwaren-Vorerzeugnisse weiterverarbeitet werden müssen. Man geht wohl nicht fehl in der Annahme, daß die hier möglichen Verbilligungen nicht bis zum Endverbraucher weitergegeben werden, z. T. schon deswegen nicht, weil die Preissenkung etwa bei eingeführten Rohstoffen, auf den Endverbraucherpreis bezogen, nur noch 1 vH oder den Bruchteil eines Prozentes ausmacht. Rund 23 vH der Einfuhr sind Nahrungsmittel, die z. T. ebenfalls weiterverarbeitet werden. Als entscheidender Damm gegen eine Weitergabe des Aufwertungsvorteils an den Verbraucher wirkt jedoch der reichhaltige Katalog von Schutzmaßnahmen für die Landwirtschaft — Preisfestsetzungen, Angebotsregulierung durch Vorratspolitik, Heraufschleusung von Weltmarktpreisen auf das höhere Inlandsniveau, zollpolitische Maßnahmen, Einfuhrsperrn und -beschränkungen. Wenn die Zuwachsrate der Einfuhr neuerdings wieder hinter der der Ausfuhr zurückbleibt — nachdem wir im vorigen Jahr die umgekehrte Entwicklung hatten —, dann ist dies, wie das Bundeswirtschaftsministerium in seinem letzten Bericht zur Wirtschaftslage (vom 24. Februar 1961) feststellt, „ganz überwiegend durch den Rückgang der Ernährungseinfuhr verursacht. Auch im Januar wurde auf diesem Gebiet wieder um rund ein Zehntel weniger importiert als im entsprechenden Vorjahrsmonat“.

Höhere Nahrungsmittelpreise trotz Aufwertung zu erwarten

Im Windschatten der Agrarschutzpolitik — und wohl nicht zuletzt unter Ausnutzung der Tatsache, daß die Bauernschaft ein interessantes Wählerreservoir darstellt — forderte der Präsident des Deutschen Bauernverbandes, *Rehwinkel*, ausgerechnet einige Tage nach der Aufwertung eine Erhöhung des Milchpreises um nicht weniger als sieben bis zehn Pfennig, außerdem kündigte er an, daß die Preise für Schweine, Butter, Eier und Geflügel in nächster Zeit steigen würden. Bei den Ernährungsausgaben, deren Anteil an den Verbrauchsausgaben eines durchschnittlichen Arbeitnehmerhaushalts (vier Personen) rund zwei Fünftel beträgt, werden sich also die Aufwertungsvorteile aller Voraussicht nach nicht bemerkbar machen. Statt dessen sind erhebliche Preiserhöhungen zu erwarten — die Brot- und Brötchenpreise machten bereits im Februar den Anfang.

Während die Einfuhr von Nahrungsmitteln, wie erwähnt, zurückgeht, ist die Einfuhr von Fertigwaren-Enderzeugnissen, deren Anteil an der Gesamteinfuhr rund ein Sechstel ausmacht, in letzter Zeit erheblich angestiegen — 1960 um 26,4 vH und im Januar 1961 gegenüber Januar 1960 sogar um 35 vH. Diese Einfuhr hat als Entspannungsfaktor auf verschiedenen Märkten gewirkt. Hier ist am ehesten mit einer zusätzlichen Erhöhung der Einfuhr, schärferem Wettbewerb und der Möglichkeit von Preisermäßigungen zu rechnen; sicherlich sind aber auf diesen Märkten Preiserhöhungabsichten zunächst abgewehrt worden.

Die *Exportwirtschaft* wird die Verteuerung nur zu einem Teil durch die verbilligte Einfuhr von Rohstoffen und Halbwaren ausgleichen können. Je nach der Wettbewerbslage wird die Aufwertung bei den einzelnen Erzeugnissen unterschiedlich zu einer dem Aufwertungssatz ganz oder teilweise entsprechenden Erhöhung der Exportpreise oder zu einer Schmälerung der Gewinnspanne führen. Nach Ansicht der Bank für Gemeinwirtschaft, geäußert im März-Heft ihrer „Wirtschaftsblätter“, dürfte „bei manchen Wirtschaftszweigen, vor allem bei den Großunternehmen, weniger dagegen in der mittelständischen Wirtschaft, noch ‚Luft‘ in der Preisgestaltung gegenüber dem Ausland liegen“. Am stärksten werden indessen „gerade die labilen Bereiche der Wirtschaft“, insbesondere der Kohlenbergbau, die Werften, die Schifffahrt und einige Branchen der Verbrauchsgütererzeugung getroffen werden, worauf das Wirtschaftswissenschaftliche Institut der Gewerkschaften hinweist (WWI-Mitteilungen, H. 3/1961, S. 50).

Was die konjunkturdämpfende Wirkung der Aufwertung auf den Export betrifft, so ist wohl richtig, was die führende Wirtschafts- und Finanzzeitung „Der Volkswirt“ am 11. 3. 1961 (S. 393) vor allem zur Ausfuhr der Investitionsgüterindustrie, also jener Zweige, die an der Spitze des Booms stehen, ausführte: „Mengenmäßig dürften sich wegen der langen Lieferfristen den größten Teil des Jahres über noch keine großen Einbußen ergeben. Das ist insofern bedeutsam, als von den 46,7 Mrd. DM Exporten der deutschen gewerblichen Wirtschaft im vergangenen Jahre immerhin 25,6 Mrd. DM auf die Ausfuhr der Investitionsgüterindustrien entfielen. Wie sich die anderen Exportträger halten werden, ist noch nicht abzusehen. Wenn auch die Nachkriegserfahrung gelehrt hat, daß Datenänderungen sich nicht im gefürchteten Ausmaß auswirken, so werden doch die bisherigen Schätzungen über die Zuwachsraten unserer Ausfuhr nach unten revidiert werden müssen.“ Bei Berücksichtigung einer verstärkten Einfuhr schätzt der Konjunkturberichterstatte des „Volkswirt“, daß der Außenhandelsüberschuß 1961 mit 2 bis 2,5 Mrd. DM nicht mehr ganz die Hälfte des vorjährigen Ergebnisses erreichen wird. Si-

cherlich handelt es sich hierbei um eine sehr optimistische Schätzung, u. E. wird der Ausfuhrüberschuß in diesem Jahr nicht so stark zurückgehen. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung hält (in seinem Wochenbericht vom 17. 3. 1961) einen Exportausfall von etwa 1,5 Mrd. DM für möglich.

Alles in allem kann dem zugestimmt werden, wie die Bank für Gemeinwirtschaft in der schon erwähnten März-Ausgabe ihrer „Wirtschaftsblätter“ die Aufwertung beurteilt. Sie begrüßt sie „als eine in der Tendenz richtige Maßnahme“. Ihr erscheint die Aufwertung „jedoch vor allem im Hinblick auf die wirtschaftliche Lage verspätet, die sich seit Mitte vorigen Jahres — einem für die Aufwertung geeigneteren Zeitpunkt — wenig geändert hat. Lediglich die Preise . . . sind weiter gestiegen. Abgesehen davon, daß es ohnehin keine Anhaltspunkte dafür gibt, wie eine Aufwertung richtig zu dosieren ist, kann man unterstellen, daß vor einem halben Jahr das Ausmaß der Aufwertung härter hätte ausfallen müssen, während der jetzt gewählte Aufwertungssatz von rd. 5 vH milder erscheint. Mit einer geringeren Währungskorrektur konnte man sich aber jetzt nur deshalb begnügen, weil inzwischen mit dem Anstieg des inländischen Preisniveaus bereits eine teilweise Angleichung der Kaufkraftparitäten erfolgt ist.“

Merkwürdiges Verhalten einflußreicher Industriekreise

Die Bank für Gemeinwirtschaft stellt sodann die Frage, ob nicht, wenn man sich mit einem Aufwertungssatz von 4,75 vH begnügt, ein ähnlicher zahlungsbilanzpolitischer Effekt auf einfachere Weise hätte erzielt werden können. Gedacht ist hierbei an die im vergangenen Herbst vorgeschlagene und diskutierte zeitweilige Aufhebung der Umsatzausgleichsteuer bei der Einfuhr und der Umsatzsteuer-Rückvergütung bei der Ausfuhr. Der Vorteil wäre gewesen, daß diese Maßnahme bei einer Änderung der Wirtschaftslage wieder rückgängig gemacht werden könnte. Sie scheiterte damals ebenso wie andere geplante konjunkturpolitische Maßnahmen an dem Widerstand einflußreicher Wirtschaftskreise, deren Sprecher der Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, *Berg*, ist (vgl. GM 1/1961, S. 41). An die Stelle eines durchaus ernst zu nehmenden konjunkturpolitischen Programms, in dem neben dem Aussetzen der Umsatzausgleichsteuer und der Umsatzsteuer-Rückvergütungen auch die Zahlung einer *unverzinslichen* Zwangsanleihe in Höhe von 20 bis 25 vH des Einkommen- und Körperschaftsteuer-Solls für 1958 durch Unternehmen und Einzelpersonen mit Gewinnen oder Einkommen über 100 000 DM (später hieß es über 200 000 DM) vorgesehen war, trat die Verpflichtung der Wirtschaftsverbände, die

Großunternehmen zur Zeichnung der *verzinslichen*, vorteilhafteren Entwicklungsanleihe zu veranlassen. Der Bundeswirtschaftsminister hatte wohl selbst das Gefühl, daß hierbei des Nachgebens gegenüber den mächtigen Wirtschaftskreisen zuviel getan worden ist, denn bei der Begründung des Aufwertungs-; beschlusses vor der CDU/CSU-Bundestagsfraktion erklärte er unter Beifall, daß jetzt wieder klargestellt sei, wer in der Bundesrepublik regiere, und auch in der Öffentlichkeit wurde die Regierungsmaßnahme vielfach deswegen begrüßt, weil sie das zeige, woran es in den letzten Monaten gemangelt habe: Voraussicht, Entschlußkraft und Führungswille (z. B. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 9. 3. 1961). An diese Vorgänge muß erinnert werden, um das Verhalten des Bundesverbandes der Deutschen Industrie und führender Industrieller richtig beurteilen zu können. Sie lehnten den Aufwertungsbeschluß scharf ab und kritisierten ihn heftig, wobei die Regierung sogar des „Wortbruchs“ und der „Perfidie“ geziehen wurde. Offensichtlich meinten diese Kreise, sich mit der Entwicklungsanleihe, von der überdies ein Rest von 300 Mill. DM Anfang März noch nicht einmal gezeichnet war, von jeglichen konjunktur- und währungspolitischen Maßnahmen im weiteren Verlauf der Hochkonjunktur „losgekauft“ zu haben, und sie fühlen sich nun enttäuscht. Das zeugt freilich von einer merkwürdigen Auffassung über die Aufgaben und Pflichten einer demokratischen Regierung. Noch bedenklicher wird es jedoch, wenn es im „Industriekurier“, der in der Regel die Ansichten der führenden Industriellen getreulich wiedergibt, am 9. März 1961 in einem Leitartikel heißt: „Nachdem jetzt die D-Mark dennoch aufgewertet wurde, stellt sich prima vista die Frage, ob nicht der Tatbestand einer Veränderung der ‚Geschäftsgrundlagen‘ gegeben ist und ob damit nicht die Verpflichtung zur Bezahlung der zweiten Tranche (der Entwicklungsanleihe) entfallen ist.“

Bundesbank lockert Kreditbeschränkungen

Die Bundesbank hatte sich lange gegen eine Wechselkursänderung gestäubt. Sie hat schließlich zugestimmt, als sich immer mehr zeigte, daß der Boom — zumal wenn sich gleichzeitig hohe Devisenüberschüsse bilden — mit kreditpolitischen Mitteln allein nicht unter Kontrolle gebracht werden kann. Wird nämlich bei frei austauschbaren Währungen der krediteinschränkende Kurs in der erforderlichen Weise eingeschlagen und verfolgen die wichtigsten Partnerstaaten eine mehr oder weniger entgegengerichtete Konjunkturpolitik, dann strömt Auslandsgeld herein, und die Wirkung der Notenbankmaßnahmen wird größtenteils wieder aufgehoben (vgl. GM, I/1961, S. 42/43). Die Bundesbank erhofft

jetzt von der Aufwertung und der dadurch erwarteten Abnahme der Devisenüberschüsse, daß sie künftig ihre kreditpolitischen Mittel wieder wirksamer einsetzen kann. Zunächst mußte sie indessen ihre im November 1960 geänderte und wieder mehr an einen Ausgleich der Zahlungs- und Devisenbilanz orientierte Politik fortsetzen, durch die, wie Bundesbankpräsident *Blessing* es ausdrückte, „die Hereinnahme von Auslandsgeld weniger attraktiv“ und der Devisenabfluß stimuliert werden soll. Dies geschah durch eine weitere Diskontsenkung von 4 auf 3,5 vH am 20. Januar sowie durch dreimaliges Senken der Mindestreservesätze um jeweils 5 vH des Standes vom Oktober 1959, einmal ab 1. Februar und zweimal (darunter einmal rückwirkend) ab 1. März 1961. Insgesamt wurde dadurch das Mindestreserve-Soll der Banken um fast 10 vH des Standes am Jahresanfang (rd. 13 Mrd. DM) gesenkt.

Investitionstätigkeit bestimmt weiterhin Konjunktur

Die Industrie, die in früheren Jahren in den Wintermonaten erhebliche saisonale Produktionsrückgänge zu verzeichnen hatte, lief in diesem Winter in vielen Branchen auf hohen Touren weiter. Im Januar war die *Industrieproduktion* — arbeitstäglich berechnet — um 10,3 vH höher als im gleichen Vorjahrsmonat, während die Jahres-Zuwachsrate im Dezember 1960 auf 6,1 vH zurückgegangen war. Die in den sonst üblichen Saisoneinbrüchen liegenden Reserven wurden demnach im Januar weitgehend ausgeschöpft. Infolgedessen ist, wie das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (in seinem Wochenbericht vom 10. März 1961) mit Recht annimmt, „für das erste Vierteljahr 1961 insgesamt wieder mit einer hohen Wachstumsrate der Produktion zu rechnen, die die des letzten Quartals des Vorjahres (7,6 vH) vermutlich übertreffen wird. Die Expansion wird dabei“, so stellt das Institut weiter fest, „nach wie vor, ja noch eindeutiger als in den letzten Monaten, von den Investitionsgüterindustrien getragen“. Deren Zuwachsrate betrug im Januar 16,8 vH gegenüber 10,7 vH in der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie und nur 5,5 vH in der Verbrauchsgüter- sowie 6,2 vH in der Nahrungs- und Genußmittelindustrie.

Auch in der Statistik der *Auftragseingänge* lagen die Bestellungen der Investitionsgüterindustrie mit einer Jahreszuwachsrate von 13 vH im Januar weiterhin an der Spitze. In der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie stiegen die Aufträge im Jahresvergleich um 6,3 vH, in der Verbrauchsgüterindustrie um 8,3 vH an. In der gesamten Industrie gingen im Januar 1961 um fast 10 vH mehr Bestellungen ein als im Januar 1960, im Dezember hatte die Jahreszuwachsrate bei 4 vH gelegen.

Auf eine weiterhin ungebrochene *Investitionsneigung* der Industrie läßt auch die Vorerhebung zu dem vom Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung vorgenommenen Investitionstest 1960/61 schließen. Danach ist damit zu rechnen, daß die Zuwachsrate der industriellen Brutto-Anlageinvestitionen 1961 ungefähr bei 15 vH liegen wird, 1960 betrug sie rd. 20 vH. Entscheidend dürfte die Investitionskonjunktur auch weiterhin von den Investitionsgüterindustrien selbst getragen werden, während im übrigen das Bild differenzierter als im vergangenen Jahr aussieht. Wie stark die Konjunktur von der Investitionstätigkeit bestimmt wird, zeigt auch ein Vergleich mit 1958, dem Jahr vor Beginn der Hochkonjunktur. Von 1958 bis 1960 nahmen die Investitionen in der gesamten Volkswirtschaft mit 34,6 vH doppelt so stark zu wie der private Verbrauch, dessen Zuwachsrate (17,1 vH) erheblich unter der des Sozialprodukts (20,7 vH) lag. Von dem absoluten Zuwachs des Sozialprodukts von 1958 bis 1960 in Höhe von 47,3 Mrd. DM beanspruchten die Investitionen allein 40 vH, während auf den privaten Verbrauch nicht mehr als 48,8 vH entfielen.

Lohnerhöhungen waren maßvoll

Schon hieraus läßt sich im Zusammenhang mit dem bekanntlich sehr hohen Selbstfinanzierungsgrad der Wirtschaft erkennen, daß die erneut nach der DM-Aufwertung von der Bundesregierung und vor allem natürlich von den Arbeitgeberverbänden an die Gewerkschaften gerichteten Appelle zum „Maßhalten“ in der Lohnpolitik wohl falsch adressiert sind. So ergibt auch die amtliche Sozialproduktrechnung, daß die Lohnerhöhungen des Jahres 1960 von der Nachfrageseite her im ganzen keine preissteigernden Wirkungen haben konnten. Der *Bruttolohn* bzw. das Bruttogehalt je Arbeitnehmer stieg 1960 durchschnittlich zwar um 9,4 vH an. Die Zuwachsrate verminderte sich aber infolge eines ungewöhnlich starken Anwachsens der Lohnsteuerbelastung — das Lohnsteueraufkommen wuchs um 36 vH! — bei den Nettoeinkommen auf 7,9 vH und wegen der Verteuerung der Lebenshaltung auf *real* rd. 6 vH. Um diesen Prozentsatz erhöhte sich 1960 indessen auch das je Erwerbstätigen erstellte Angebot an Gütern und Dienstleistungen oder, anders ausgedrückt, die sogenannte gesamtwirtschaftliche Produktivität. Auf der Kostenseite ergibt eine Untersuchung des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts der Gewerkschaften (WWI-Mitteilungen H. 3/1961, S. 64), daß im Durchschnitt der Industrie das Verhältnis des Lohnaufwands zum Erlös je Produktionseinheit 1960 gegenüber 1959 gleich geblieben und gegenüber 1958 sogar gesunken ist. Auch der Anteil der Löhne und Gehälter am Umsatz der Industrie zeigt dasselbe Bild.

Erfreulicherweise konnte die *Winterarbeitslosigkeit* nochmals gegenüber dem Vorjahr erheblich eingeschränkt werden, wozu vor allem die Winterbaumaßnahmen beigetragen haben. Ende Januar betrug die Zahl der Arbeitslosen 390 000 gegenüber 627 000 Ende Januar 1960 und 1,35 Mill. Ende Januar 1959; am 28. Februar 1961 waren 292 000 Personen arbeitslos (Arbeitslosenquote: 1,4 vH), während es Ende Februar 1960 noch 530 000 waren. Die Zahl der arbeitslosen Männer im Bau- und Baunebengewerbe betrug am 28. Februar 75 000, sie blieb damit um 117 500 unter dem entsprechenden Vorjahresstand.

Sorgen um den Bundeshaushalt

Eine gewisse antizyklische Wirkung ging im vergangenen Jahr insofern vom Bundeshaushalt aus, als auf die im Plan vorgesehene Aufnahme von Kapitalmarktmitteln weitgehend verzichtet werden konnte, und als wegen der hohen Auslandszahlungen des Bundes (vor allem Wiedergutmachung, Rückzahlung von Auslandsschulden, Rüstungskäufe und -Vorauszahlungen) dessen inländische Zahlungen niedriger waren als die durch Steuern und sonstige ordentliche Einnahmen entzogene Kaufkraft. Inwieweit sich diese Vorgänge 1961 wiederholen können, ist fraglich. Voraussichtlich wird der Bund den Kapitalmarkt weit stärker beanspruchen als dies in den letzten Jahren der Fall war und als noch bei der Einbringung des Regierungsentwurfs des Haushaltsplans 1961 im vergangenen Herbst angenommen werden konnte. Seitdem wurden nämlich die Ausgabensätze um 3,3 Mrd. DM erhöht. Wird die in diesem Betrag enthaltene zweckgebundene, den Haushalt nur „durchlaufende“ Entwicklungsanleihe der Wirtschaft in Höhe von 1,5 Mrd. DM nicht berücksichtigt, bleibt immerhin noch ein Mehrbedarf von rd. 1,8 Mrd. DM. Andererseits ist für 1961 mit wesentlich höheren Steuereinnahmen zu rechnen als im Regierungsentwurf veranschlagt waren. Bundesregierung und Bundestag konnten die Einnahmeansätze bei den Steuern nach einer erneuten Steuereinnahmeschätzung um 2,4 Mrd. DM erhöhen. Hierdurch fand der Mehrbedarf seine Deckung, und es konnten außerdem 600 Mill. DM dafür verwendet werden, den veranschlagten Kreditbedarf des Bundes auf 1,5 Mrd. DM zu vermindern. Im Spätherbst vergangenen Jahres war aber noch damit gerechnet worden, daß die über die ursprünglichen Ansätze hinausgehenden Steuereinnahmen fast ausschließlich zur Verminderung des Kreditbedarfs eingesetzt werden konnten, so daß der Bund auch 1961 auf eine Inanspruchnahme des Kapitalmarkts hätte verzichten können. Nunmehr ist der Kreditbedarf derart hoch, daß hierin das Risiko des Haushaltsausgleichs zu erblicken ist, zumal die Entwicklungsanleihe der Wirtschaft sowie der Verkauf von Volks-

wagenaktien die Leistungsfähigkeit des Kapitalmarktes, aber auch die Geneigtheit, Bundesanleihen zu erwerben, sicherlich beeinträchtigen.

Infolge des Mehrbedarfs erhöhen sich die Einnahmen und Ausgaben des im März verabschiedeten Bundeshaushaltsplans für 1961 auf jeweils 48,1 Mrd. DM. Das sind nicht weniger als 6,2 Mrd. DM mehr als für 1960 veranschlagt waren. Im Vergleich zum Bundeshaushalt des Wahljahres 1957 sind die Haushaltsausgaben bis 1961 um fast 40 vH angestiegen bei einer Sozialproduktzunahme von ebenfalls rd. 40 vH während des gleichen Zeitraumes.

Noch größere Sorgen bereitet heute aber schon die Deckung der für 1962 zu erwartenden Mehrausgaben. Die Bundesregierung hat die Zusage gegeben, jährlich 3 bis 4 Mrd. D-Mark an Entwicklungshilfe zu leisten. Das bedeutet, daß im nächsten Jahr für rd. 2 Mrd. D-Mark Deckungsmittel neu benötigt werden, weil die Entwicklungsanleihe der Wirtschaft und der Erlös aus dem Verkauf von Volkswagenaktien einmalig waren. Weitere 2 Mrd. D-Mark werden 1961 gebraucht werden für die bereits angekündigte Erhöhung der Verteidigungsausgaben. Hinzu kommen die Mehrbelastungen, die sich aus den deutschen Vorschlägen zur Entlastung der amerikanischen Zahlungsbilanz ergeben. Neben höheren Vor-

auszahlungen für deutsche Waffenkäufe in den USA, die wahrscheinlich im Rahmen des für die Verteidigung bewilligten Betrages zu leisten sind, wurde deutscherseits vor allem eine vorzeitige Tilgung der deutschen Nachkriegsschulden angeboten. Im deutschen Angebot ist ein Rückzahlungsbetrag von rd. 2,4 Mrd. DM vorgesehen. Die vorzeitige Rückzahlung der Schulden an die USA hat aber auch nach den vertraglichen Vereinbarungen die sofortige Rückzahlung der Schulden an Großbritannien und an Frankreich in Höhe von rd. 800 Mill. DM zur Folge. Die Deutsche Bundesbank ist bereit, die Forderungen des Auslands anzukaufen — d. h. also jetzt die Zahlungen zu leisten —, unter der Voraussetzung, daß aus dem Bundeshaushalt der Gegenwert in sechs Jahresbeträgen zurückgezahlt wird. Das wäre für 1962 eine weitere Haushaltsbelastung von rd. 550 Mill. DM. Berücksichtigt man außerdem mit Sicherheit zu erwartende und unabweisbare Mehrausgaben im zivilen Bereich, dann ist für 1962 mit einem Mehrbedarf von insgesamt rund 5 Mrd. DM zu rechnen. Dem dürften günstigstenfalls (Steuer-) Mehreinnahmen von 3,5 bis 4 Mrd. DM gegenüberstehen. Ob die voraussichtliche Deckungslücke ohne die Einführung der Ergänzungsabgabe oder eine sonstige Erhöhung von Steuertarifsätzen geschlossen werden kann, ist noch völlig offen.

Günter Pehl